

# Kein Alleingang bei Entschädigungen

**Kanton Luzern** Die Sozialkommission des Luzerner Kantonsparlaments will eine schweizweit einheitliche Entschädigung für Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen.

Sie hat die Konferenz der Sozialdirektoren und -direktoren (SODK) ange-regert, einer Ungleichbehandlung entgegenzuwirken. Die Mehrheit der Kommission lehnte einen kantonalen Alleingang bei der Zahlung von Entschädigungen ab, wie die Luzerner Staatskanzlei am Mitt-

woch in einer Mitteilung schrieb. Viel-mehr soll die Kantonsregierung über die SODK auf eine schweizweit einheitliche Regelung hinwirken.

Mit diesem Schritt reagierte die Kommission auf zwei gleichlautende Petitionen, die Betroffene von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen in den vergan-genen Monaten beim Kantons- und Re-gierungsrat eingereicht hatten. Die Pe-titionärinnen und Petitionäre verlang-ten, dass der Kanton eine gesetzliche Grundlage für einen Solidaritätsbei-trag an Betroffene prüft.

Sie bezogen sich damit auf den Kan-ton Schaffhausen und die Stadt Zürich, die einen zusätzlichen Solidaritätsbei-trag an Opfer von Zwangsmassnah-

men beabsichtigen oder bereits aus-zahlen. Dadurch würden einzelne Be-troffene eine höhere Entschädigung er-halten als andere und es entstehe eine neue Ungleichbehandlung.

## Überfällige Entschuldigung

Die Petitionen hätten das dunkle Kapi-tel des systemischen Fehlverhaltens von Behörden wieder stärker ins Be-wusstsein gerückt, schrieb die Staats-kanzlei weiter. Zwar habe der Kanton Luzern bereits verschiedene Massnah-men zur Aufarbeitung ergriffen, eine umfassende Entschuldigung an alle Opfer sei aber nicht erfolgt.

Der Regierungsrat wolle dies in Ab-stimmung mit der kantonsrätlichen Kommission nachholen. «Für das Leid, das den Betroffenen angetan wurde, bit-te ich die Opfer im Namen der Luzerner Regierung aufrichtig und umfassend um Entschuldigung», liess sich Sozialdi-rektorin Michaela Tschuor (Mitte) in der Mitteilung zitieren. [keystone-sda]

# Regierungsrat verlängert Vernehmlassung

**Kantonsrat** Der Kanton Luzern verlängert die Vernehmlassung zu den geplanten Gebührenanpassungen der Gemeinden um drei Monate. Grund dafür ist, dass «aus Versehen» die politischen Parteien nicht zur Vernehmlassung eingeladen worden seien.

Dies gab der Regierungsrat am Diens-tag in seinen Antworten auf zwei dringliche Anfragen im Kantonsrat be-kannt. Er habe zudem den internen Prozess angepasst, damit die Parteien in Zukunft zu allen Vernehmlassungs-vorlagen des Regierungsrats eingela-den würden.

Der Regierungsrat habe nur die In-stitutionen zur Vernehmlassung zur Verordnungsänderung eingeladen, welche selber Gebühren erheben und von Erhöhungen profitieren würden, kritisierten Fritz Gerber (SVP, Emmen-) und Franz Rärer (FDP, Emmen-

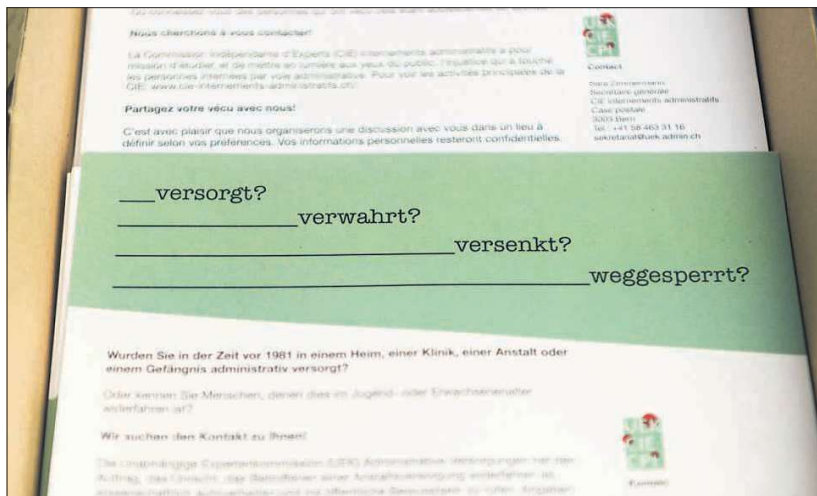
brücke) in ihren Anfragen. Sie wollten wissen, wieso nicht diejenigen eingela-den wurden, welche die Gebühren be-zahlen.

## Fragliches Ausmass

Rärer und Gerber stiessen sich ferner am Ausmass der geplanten Gebüh-erhöhungen. Gerber sagte im Parla-ment, die Verwaltung sage immer, sie werde effizienter, trotzdem sollen die Gebühren gemäss den Vernehm-lassungsunterlagen stark aufschlagen.

Der Regierungsrat begründete die Erhöhungen mit der Spezialisierung, der Lohnteurung sowie den Abschrei-bungen der IT. Er wies zudem darauf hin, dass es auch «punktuell» Gebüh-erensenkungen gebe.

Sibylle Boos (FDP), die auch Ge-meindepräsidentin von Malters und Präsidentin des Gemeindeverbandes ist, warf sich für die Gemeinden in die Bresche. Die Gemeindeverwaltungen würden ihre Abläufe optimieren, sagte sie. Bei der Revision der Gebührenver-ordnung gehe es zudem nicht um die Höhe der Kosten, sondern wie diese zwischen der Allgemeinheit und den Verursachern aufgeteilt würden. [key-stone-sda]



Die Sozialkommission des Luzerner Kantonsrats will auf eine schweizweit einheitliche Abfindung für Betroffene von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen hinwirken. [Symbolbild keystone-sda]

## Ausserdem hat der Kantonsrat ...

- ... die Sozialdemokratinnen Milena Bühler (als Nachfolgerin von Andy Schneider) und Caroline Rey (als Nachfolgerin von Gianluca Pardini) als neue Ratsmitglieder vereidigt.
- ... Wahlen an die Gerichte durchge-führt.
- ... ein Postulat von Urs Christian Schumacher (SVP, Ebikon) über die Durchführung einer Abstimmung im Kantonsrat über die Hal-tung des Kantons zum EU-Rah-menabkommen mangels einer ge-setzlichen Grundlage mit 80 zu 23 Stimmen abgelehnt.
- ... eine Motion von Karin Andrea Stadelmann (Mitte, Luzern) mit 86 zu 24 Stimmen als Postulat überwie-sen. Die Mitte-Präsidentin forderte eine kantonale Rechtsgrundlage für die standardmässige Einführung einer verbindlichen Mediation bei strittigen Scheidungs- oder Tren-nungsverfahren.
- ... ein Postulat von Andy Schneider (SP, Rothenburg) diskussionslos und mit 102 zu 0 Stimmen über-wiesen. Dabei geht es um die För-derung von Jungwald mit ökologi-schen Massnahmen gegen Wild-schäden.
- ... ein Postulat von Michael Kurmann (Mitte, Dagmersellen) über die Weiterentwicklung des Energieför-derprogramms mit 78 zu 24 Stim-men unterstützt.
- ... ein Postulat von Gaudenz Zemp (FDP, Horw) über die Optimierung des Berufswahlprozesses mit 74 zu 30 erheblich erklärt.
- ... ein Postulat von Andy Schneider (SP), bei dem es um die Ausgestal-tung der Schuldienstsekretariate ging, ohne Diskussion mit 98 zu 4 Stimmen erheblich erklärt.
- ... Kantonsrat Gianluca Pardini (SP, Luzern) verabschiedet.
- ... unter Ausschluss der Öffentlichkeit ein Begnadigungsgesuch behan-delt.
- ... Kantonsrat Thomas Grüter (Mitte, St. Urban) verabschiedet. [keysto-nessda]

## eindrücke aus dem Kantonsrat

# In der Kürze liegt die Würze



**Kantonrat Guido Roos, Mitte, Wolhusen**

Die März-Session nahm deutlich we-niger Zeit in Anspruch als geplant. Anstelle der ursprünglich drei ge-planteten Tage benötigten wir nur knapp anderthalb Tage für die Be-handlung der traktandierten Ge-schäfte. Dies lag einerseits daran, dass diesmal keine Botschaften der Regierung zu beraten waren. Ande-rerseits lag es daran, dass bei einzel-nen Themen Einstimmigkeit herrschte und es folglich zu keiner Diskussion kam.

## Wald und Wild

Kantonsrat Andy Schneider hatte ge-fordert, dass die im Wald eingesetz-ten Hilfsmittel zur Wildschadenver-minderung und zur Förderung des Jung-waldes ökologischer werden sollen. Zudem müssten Hilfsmittel wie Draht- oder Plastikkörbe konsequent eingesammelt werden, nachdem die-se ihre Schutzfunktion für die jungen Bäume vor Wildverbiss beendet ha-ben. Der Regierungsrat hatte auf die Forderung hin einige Vorschläge ge-macht. Mit diesen waren sämtliche Mitglieder des Kantonsrats einver-standen – und die Massnahmen wur-den ohne Diskussion einstimmig be-schlossen.

Meiner Meinung nach benötigt der Wald noch weitere Massnahmen, damit er ungestört gedeihen kann und die Tiere ihre Ruhe haben. In

nächster Zeit wird der Kanton Lu-tern das Thema Biker-Lenkung lö-sen müssen. Da liegt in unseren Wäl-dern einiges im Argen. Ich hoffe, dass der Kantonsrat dann beim Umgang mit illegalen Biketrails auch so ein-stimmig griffige Gegenmassnahmen beschliessen wird.

## Polizei und Sicherheit

Weniger Einstimmigkeit herrschte dann bei einem Thema zur Sicher-heit. Mit den Leistungen der Luzerner Polizei in unserer Region – und somit der Sicherheit für uns alle – sind wir Kantonsrätinnen und Kantonsräte aus dem Wahlkreis Entlebuch nicht zufrieden. Vor rund zwei Jahren hat-te der Regierungsrat zusammen mit der Leitung der Luzerner Polizei auf Basis eines Planungsberichtes ent-schieden, mehrere Polizeiposten zu schliessen und dafür mehr Patrouil-len einzusetzen. Leider wurden nun erste Schliessungen umgesetzt – die Anzahl Patrouillen konnte aufgrund Personalmangels jedoch nicht im ver-sprochenen Masse erhöht werden. Dies führt dazu, dass es in unserer Region manchmal bei einem Notruf weit über 30 Minuten geht, bis die Po-lizei vor Ort ist.

Kantonsratskollegin Hella Schni-der aus Flühlhi hat an der vergangenen Session mit einem dringlichen Vor-stoss gefordert, die Umsetzung dieser Postenschliessungen im Kanton Lu-tern zu unterbrechen – bis genügend personelle Ressourcen zur Erhöhung der Patrouillendichte vorhanden sind. Leider hat eine Mehrheit des Kantonsrates der dringlichen Be-handlung dieses Themas nicht zuge-stimmt. So müssen wir uns mit der

Antwort gedulden. Auf jeden Fall werden wir dieses Thema weiterhin kritisch beobachten und nötigenfalls anderweitig aktiv werden.

## Notfalldienst an Regionalspitälern

Die Gesundheitsversorgung für alle Bewohnerinnen und Bewohner un-seres Kantons war auch an der März-Session ein Thema. Vor einigen Mo-naten wurde am Regionalspital Sursee die Notfallpraxis, welche von Haus-ärzten gemeinsam betrieben wurde, geschlossen. Innert kurzer Zeit muss-te eine Lösung gefunden werden. Seit Anfang Jahr ist nun eine Übergangs-lösung in Zusammenarbeit mit dem Luzerner Kantonsrat (Luks) und der Luzerner Ärztesgesellschaft in Be-trieb, an der sich auch der Kanton Lu-tern finanziell beteiligt.

Die Entwicklungen rund um den Notfalldienst am Spital Sursee haben mir einmal mehr aufgezeigt, dass die Hausarzt-Medizin und starke Re-gionalspitäler sehr zentrale Eckpfeiler einer funktionierenden Gesundheits-versorgung sind. Damit diese auch in Zukunft existieren, ist es ganz wich-tig, dass wir alle an der anstehenden Abstimmung zum Spitalgesetz Ja stimmen – und damit die Grund- und Notfallversorgung in allen Re-gionen sichern. In diesem Sinne bitte ich die Bevölkerung, an der kom-menden Abstimmung zum Spitalge-setz teilzunehmen – und Ja zu stim-men.

«Eindrücke aus dem Kantonsrat» – unter diesem Titel äussern sich die Mitglieder aus unserer Region im Anschluss an die Sessions des Kantonsparlaments. Gast-an der Mai-Session wird Bernhard Steiner (SVP, Entlebuch) sein.

## kurz gemeldet

### Kantonsrat gegen vom Bund geplante Mehreinnahme

Der Luzerner Kantonsrat ist gegen die vom Bund geplante höhere Be-steuerung von Vorsorgekapitalbe-zügen. Er hat am Dienstag den Re-gierungsrat per dringlichem Postulat mit 85 zu 26 Stimmen beauftragt, die Massnahme in seiner Vernehm-lassungsantwort abzulehnen. Postulat Andreas Bärtschi (FDP, Altihofen) sagte, der Bund habe ein Problem mit dem Ausgabenwachstum. Leider ha-be sich in seinem Entlastungspaket auch eine nicht gerechtfertigte Mehr-einnahme eingeschlichen. Bärtschi meinte damit die geplante Erhöhung der Steuertarife für Vorsorgekapital-bezüge. Der Bund strafe damit die-jenigen ab, welche Eigenverantwortung übernehmen würden, sagte er. Es ge-ue um den Mittelstand, und nicht um wenige Superreiche.

Mitte, SVP und GLP unterstütz-ten die FDP. Sie wiesen darauf hin, dass die Luzerner Stimmberechtig-ten sich in einer kantonalen Abstimmung deutlich für eine tiefere Be-steuerung von Kapitalleistungen aus Vorsorgebezügen ausgesprochen ha-ben. SP und Grüne lehnten das Pos-tulat ab. Sie führten aus, dass das ganze Sparpaket des Bundes abzu-

lehnen sei. Gian Waldvogel (Grüne, Horw) kritisierte Bärtschi, dass er nur einen Punkt herausgegriffen ha-be. Dies sei Klientelpolitik. Simone Brunner (SP, Luzern) unterstützte die geplante Steuererhöhung, denn es gehe um ein unausgeschöpftes Einnahmepotenzial. Finanzdirektor Reto Wyss (Mitte) war bereit, das Postulat entgegenzu-nehmen. Er betonte aber, dass es wichtig sei, dass die Kantone gegen-über dem Bund geeint auftreten wür-den. Der Bund solle das Entlastungs-paket nicht ohne den Dialog mit Kan-tonen umsetzen. [keystone-sda]

### Vorstösse zu Spital und Polizei nicht dringlich

An seiner Sitzung vom Montag hat der Luzerner Kantonsrat unter ande-rem über die dringliche Behandlung parlamentarischer Vorstösse beraten. Dabei wurden die Anfragen von Bern-hard Steiner (SVP, Entlebuch) «über die akute Gefährdung der Grundver-sorgung an den beiden Regionalspi-tälern des Luks» und Hella Schni-der (Mitte, Flühlhi) «über die Forderung nach einer Unterbrechung und damit verbundenen Evaluation des Statio-nierungskonzeptes» für nicht dring-lich erklärt. [lf]